

Protokoll

Über die Konferenzsitzung vom 18. Juli 1939

Beginn vormittags 1/2 9 Uhr.

Abwesend die Abgeordneten: Eberle & L. Brunhart, anderen Stelle

waren zugegen die Abg. Joh. Beck. OV. Tr!bg & Brunhart Heinr.

Regierungsvertreter Reg. Chef D. Hoop & Reg. Chefstellv. Dr. Vogt

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und nach

Anbringung einer Ergänzung über Antrag des Abg. Bühler genehmigt.

Risch Ferdi bezeichnet es als eine Gewalttätigkeit, dass die Ge-

meinden kurzerhand mit dem Drittelanteil an die Lehrlingsbeiträge

belastet werden.

Es wird festgestellt, dass für den Lehrling, der am Samstag heimgeht

die Zuständigkeitsgemeinde als Wohngemeinde gilt und dass diese Neu-

er gelung für die Gemeinden keine grosse Belastung bringt. Ueberdies

könnte ja der Beschluss revidiert werden.

1. Einbürgerung der Geschwister Harald und Lilly Solmssen.

Der neue Vorschlag des Gesuchsteller lautet auf Bezahlung voller

Taxen, Rückzahlung eines Viertels der Einkaufssumme für den Fall

der Verhehlung innert 5 Jahren durch Lilly Solmssen und Ein-

schluss in die Kautio n der Eltern.

Bühler betont, dass Handel getrieben werde mit den Einbürgerungen

und man verweise auf gute Beziehungen mit dem Landtage. Er sei für

die Bezahlung der vollen Taxen und würde keine Ausnahme machen,

da die Einbürgerung auch so zustandekomme.

Reg. Chef hält die Vermögenslage des Vaters nicht für besonders

rosig. Wenn Geld vorhanden sei, so könne ruhig die Kautio n geleis-

tet und hier angelegt werden. Das mach einen stutzig.

Kindle könnte si h einverstanden erklären mit dem Einbezug in die

Kautio n des Vaters, wenn die Tochter älter wäre. Mit jungen Leuten

sei immervein Risiko verbunden.

Hasler verweist auf die finanzielle Lage der Gemeinde Gamprin und sie hätten das Geld dringend nötig.

Präsident verweist darauf, dass die Vertretung von Gamprin sich bereit erklärt habe, die Einkaufstaxe für den Schulhausbau zu verwenden. Ein solcher wäre sehr zu wünschen.

Oehri hält es nicht für angebracht, dass man bei jungen Leuten noch markte.

Der Landtag beschliesst sodann mehrheitlich:

- 1.) Rückzahlung eines Viertels der Einkaufssumme der Ealy Solmssen für den Fall der Verehelichung innert 5 Jahren mit einem Ausländer, wenn sie dadurch die liechtensteinische Staatsbürgerschaft verliert,
- 2.) Bezahlung der vollen Kautions der Lilly Solmssen
- 3.) Die Einkaufssumme der Gemeinde Gamprin soll restlos für den Schulhausneubau verwendet werden und
- 4.) Für den Fall der Erfüllung obiger Bedingungen soll die Einbürgerung zustandekommen und der Fall als erledigt gelten. Bezüglich Antrag auf Aufnahme beim Landesfürsten gestellt werden.

2. Gesetz betr. authentische Interpretation des Gesetzes gegen Nichtbetriebsunfall.

Präsident bemerkt, dass die Zürich-Versicherung bei der Vorlage noch eine andere Formulierung wünsche und deshalb morgen eine Aussprache stattfinden. Der Punkt könne also von der Tagesordnung gestrichen werden.

Bei der Diskussion hierüber werden aus dem Schoosse des Landtages Stimmen laut, dass die vielen Nichtbetriebsunfälle die Prämien für die Unfallversicherung erhöhen. Besonders bei der sportlichen Betätigung passieren viele Nichtbetriebsunfälle und die Versicherungen hätten hier ein Ventil. Der Landtag ist der Meinung, dass eine Aussprache diesbezüglich mit den in Liechtenstein tätigen Unfallversicherungen stattfinden soll, wobei das Gewerbe und der Arbeiterverband zugezogen werden soll. Eine Regelung sei unbedingt notwendig.

3. Gustav Batliner, Mehrentschädigung für Viehabschlachtung.

Präsident bemerkt, dass das Gesuch noch zurückgestellt worden sei, weil mit den Schätzleuten bezgl. der Höhe der Schätzung noch habe geredet werden müssen. Diese sagten nur, dass die Schätzung normal sei. Batliner habe einen Schaden von Frs. 1400 und 800 Fr. möchte Batliner vom Lande haben.

Dr. Vogt Es handle sich darum, ob mittlerweile ein Viehpreisaufschlag erfolgt sei. Es sei ihm seinerzeit vom Landesterarzt verboten worden, vor Alpauftrieb Vieh einzustellen. Ueberdies habe er müssen etwas Heu abschroten und verbrennen.

Hoop ist nicht dafür, dass bei einem Seuchenfall noch Profit gemacht werde. Er sei nicht gegen eine angemessene Entschädigung, aber es könnte evtl. Folgen haben.

Bühler stellt fest, dass er dadurch, dass er das Vieh geschlachtet habe, Profit gemacht habe. Eine Entschädigung käme nur in Frage für das, dass er eine Zeit lang kein Vieh haben können.

Die meisten Abgeordneten sind der Ansicht, dass die erzielten Viehpreise gute Durchschnittspreise waren.

Reg. Chef beantragt eine Entschädigung unter dem Titel, dass er kein Vieh haben können und für das vernichtete Heu.

Kindle & Dr. Vogt ist für eine Erhöhung der Entschädigung auf Frs. 200.

Der Landtag beschliesst sodann mehrheitlich die Zuwendung einer einmaligen Entschädigung seitens des Landes von Frs. 200.- als zusätzliche Entschädigung für, die Stallsperre und die Heuvernichtung.

4. Subventionsgesuch des Adalbert Kindle für die Erstellung einer Weizenmühle.

Präsident Dieser Gegenstand sei schon mehrmals Gegenstand von Beratungen des Landtages gewesen. Die Erweiterung zur Weizenmühle würde ca. Fr. 10,000 kosten. Wie wünschbar es wäre, dass es subventioniert werden könnte, so ergäben sich Konsequenzen, da auch andere dann kommen und die Hilfe des Staates zur Erweiterung eines Betriebes verlangen.

Kindle spricht sich für ein Entgegenkommen aus. Er habe Schaden erlitten und das Land sei zu einem Entgegenkommen verpflichtet.

Präsident führt aus, dass man die Rechtslage im Landtage geprüft habe und sie sei so, dass der verantwortliche Teil für den Schaden Kindle's eigentlich die Gemeinde Triesen sei. Seinerzeit sei ihm die Stromzahlung entgegenkommender Weise aber ohne Anerkennung eines Rechtstitels bewilligt worden. Kindle stelle sich auch nicht auf den Rechtsstandpunkt, sondern ersuche um eine Subvention für die Erweiterung der Mühle. Es sei müssig, länger über die Rechtsfrage zu diskutieren.

Hoop wirft die Frage auf, ob Kindle auch kaufmännisch handle. Es sei fraglich, ob diese Vergrößerung des Betriebes sich rentiere.

Kindle hält den Gesuchsteller für sparsam und er habe müssen eine veraltete Mühle beim Erbe antreten. Er habe jedoch schon viel verbessert.

Oehri fragt, wie sich die anderen Mühlen hiezu stellen, wenn man

Kindle subventioniere. Er verweist auf die Konsequenzen.

Dr. Schädler beantragt Verschiebung der Beschlussfassung, bis verschiedene Fragen abgeklärt seien.

Der Landtag beschliesst sodann ~~unanheimlich~~ ^{einstimmig} Verschiebung der Beschlussfassung bis zur Abklärung der aufgeworfenen Fragen und der Beistellung der entsprechenden Unterlagen.

5. Subventionsgesuch der Gemeinde Sevelen für Strassenbau.

Der Landtag lehnt einstimmig eine Landessubvention für die Sevelerstrasse ab mit der Begründung, dass das Land im Inlande zu sehr durch öffentliche Bauten in Anspruch genommen sei und zudem müsse auch das Land auf eine Verbesserung der Strasse verzichten, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit der Strassenkorrektur für Sevelen nicht hinreichend sei.

6. Subventionierung von Rüfebauten in den Alpen.

Der Bericht des Rüfekommissärs Ludw. Wachter wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Es handle sich darum, ob diese Arbeiten vom Lande durchgeführt werden sollen oder von den Alpgenossenschaften. Wenn eine 50%ige Subvention gegeben werde, so führe das Land die Arbeiten durch

Reg. Chef stellt den Antrag, 50% der Kosten zu Lasten des Landes zu übernehmen. Die Genossenschaften seien im allgemeinen nicht in

der Lage, solche Arbeiten auszuführen. Man müsse hier den Anfängen wehren, sonst gehe immer mehr Boden in den Alpen verloren.

Präsident Es sei ein Zirkular herumgeschickt worden und die Genossenschaften hätten sollen sagen, wo Rufeverbauungen notwendig seien. Einzelne haben gesagt, sie hätten kein Geld. Es frage sich auch, ob die Genossenschaften so einverstanden sind, wenn das Land baut. Wenn schon 50% gegeben werden, so müsse das Land auch 50% der Arbeiter stellen und die Sache einheitlich und unter der Leitung des Landes gemacht werden.

Risch Ferdi glaubt, dass die Genossenschaften auch ~~arbeiten~~ sollten arbeiten können. Die Mitglieder sollten abverdienen können, sonst vermögen sie es nicht. Er würde die Arbeit den Genossenschaften überlassen wie bisher. Eine Aufsicht könne gemacht werden und eine Kontrolle solle stattfinden. Es handle sich nur um die Sommermonate, wo sonst Arbeit genug vorhanden sei.

Sele glaubt, dass wenn das Land 50% bezahle, so sollten auch Arbeiter nicht nur die Bauern dort arbeiten können. Es rentiere sich auch so viel besser, da vielmehr geleistet und rationeller gearbeitet werde.

Reg. Chef gibt zu erwägen, wenn das Land baue und alle Arbeiter bezahle, so bleibe die Genossenschaften ihre Beiträge beim Lande schuldig.

12 Uhr Mittagspause, Fortsetzung 2 Uhr.

Risch Ferdi hält es nicht für angebracht, dass man vom bisherigen Schema abweiche. Die Genossenschaften seien nicht in der Lage, ihre Beiträge aufzubringen, wenn die Mitglieder es nicht abverdienen könnten. Die kleineren Arbeiten sollten die Genossenschaften selber machen können, das sei die Ansicht beider Genossenschaften in Schaan. Er habe Vertrauen in die Genossenschaften, die könnten es schon machen. Auch beim Land werde oft gearbeitet, dass viel kritisiert werde. Es sei nicht recht, dass das Kies in Schaan, das sie brauchen könnten, so weit weggeführt werde. Es sei dies ein teurer Betrieb. Die Leute rechneten darob und es werde nicht verstanden.

Präsident klärt auf, dass es nicht so teuer komme. Die Transportkosten seien minim.

Risch Ferdi Solange in Schaan oben Platz sei, sollte man das Kies

dort lassen. Es sei eine Sekiererei. Eine Berme sollte gemacht werden und ein Mantel am Rheinwahr ebenfalls.

Präsident bemerkt, dass man eben die Rechnung auf 2 Arten machen könne. Seine Rechnung stimme und er möchte die Begründung hören. Ueberdies werde die Sache in Schaan schon gemacht.

Der Landtag beschliesst sodann mit 10 Stimmen, dass diese Rufearbeiten im Sinne der Landesarbeiten durchgeführt werden sollen, d.h. dass das Land 50 % bezahlt und die Mitglieder der Alpgenossenschaften hätten das Recht, dass sie sich bei der Arbeit beteiligen. Die Zahlung der Beiträge der Genossenschaften soll jeweils vor Beginn der Arbeiten abgeklärt werden.

7. Bergbauernhilfe.

Reg. Chef führt aus, dass die Bergbauern nicht auf dem Gesuchswege an die Regierung herantreten wollen, es seien nur wenige Gesuche eingelangt. Man stehe nun vor einer neuen Situation.

Dr. Vogt Er habe mit verschiedenen Bergbauern gesprochen und sie möchten nicht Betteln gehen. Er habe vorgeschlagen, eine Kommission zu bestellen, die einen Schlüssel nach Bedürftigkeit etc. festzulegen hätte.

Beck Joh. 68 verweist darauf, dass die Viehpreise lange eben niedere gewesen seien und die Bauern steckten in grossen Schulden. Andere seien vom Lande reichlich unterstützt worden und der Bauer könne sonst nichts verdienen.

Beck Joh. Der Kredit reiche nicht aus, wenn nur einigermaßen eine Unterstützung erfolgen sollte.

Reg. Chef hält die Sache für ausserordentlich kompliziert.

Risch Ferdi ist für die Ausschüttung von Viehausfuhrprämien ~~immer~~ im Herbst damit die Bergbauern das Vieh verkaufen. Immer nur Heu kaufen, gehe nicht. Er würde etwa Fr. 10,000 den Bauern geben und überdies noch etwa Fr. 5000 für Ausfuhrprämien bewilligen.

Reg. Chef Vielleicht könnte man die Fr. 3000 Impfkosten den Bergern zahlen und etwas Ausfuhrprämien befristet bis Ende November.

Bühler Er erachte die Fr. 10,000 nicht für eine ausreichende Bergbauernhilfe. Den Antrag des Ferdi Risch bezgl der Ausfuhrprämie möchte er unterstützen. Hier würde er noch weiter gehen und würde in der

Zeit vom 1. September bis 1. Dezember eine Ausfuhrprämie bis zu Frs. 100.- ausschütten. Die Verschuldung sei gross am Berg und im Unerland sei niemand ~~MMMMMMMM~~ gegen eine Bergbauernhilfe.

Oehri r sei auch für eine Hilfe, aber bis zu Fr. 100 zu gehen, werde im Volke nicht verstanden, da auch der bessersituierte Bergbauer dann viel beziehe.

Präsident stellt den Antrag, dass die Gemeindevertretung in Verbindung mit den Bauern Vorschläge ausarbeite, da sie die Verhältnisse des einzelnen besser kenne.

Brunhart Heinr. Geholfen ist dabei meistens nur dem Grossen. Jener mit 20 Stück Vieh habe dann viel das Bessere.

RISCH Wie grösser die Bauern am Berg sind, umso bescheidener sind sie. Nur durch ihre Sparsamkeit und Enthaltensamkeit sind sie zu etwas gekommen. Die langanhaltenden niedrigen Viehpreise haben die Bergbauern zurück gebracht.

Bühler Der Charakter der Bergbauernhilfe dürfe nicht missverstanden werden. Die grossen Schulden lägen bei den grossen Bauern. Man sollte diese Existenzen erhalten. Sie bringen die Zinsen nicht mehr auf.

Kindle verweist auf die Konsequenzen in anderen Gemeinden, wenn eine Bergbauernhilfe gewährt und noch die Impfkosten bezahlt werden.

Brunhart Es habe auch Bauern, die keine Schulden haben und das sei nicht am Platze, dass man diese unterstütze.

Sele Auch im Land habe es Bauern, die verschuldet seien, die kämen dann auch. Der Vorschlag des Dr. Vogt bezgl. Abstufung würde ihm konvenieren.

Der Landtag ist der Meinung, dass die Gemeinde Triesenberg eher in der Lage sei, hier einen Schlüssel zu finden und beschliesst, dass die Gemeindevertretung Triesenberg beauftragt wird, in Verbindung mit den Bauern Vorschläge auszuarbeiten und binnen nützlicher Frist zu unterbreiten. Dies sowohl bezgl. der Bergbauernhilfe, wie der Ausfuhrprämien.

Dr. Schädler regt an, die Frage der Subventionierung kultureller Förderungen ehestens abzuklären und dem Landtage Vorschläge zu machen.

Reg. Chef betont, dass es der Regierung innert der kurzen Frist nicht

ehesters gemacht.

8. Landesrechnung.

Dieser Punkt wird auf die nächste Sitzung verschoben und es soll jeder Abgeordneter dieselbe für sich durchsehen und dann Aufklärung verlangen.

9. Strassenbau auf Schellenberg

Präsident bemerkt, dass i der FK. die Meinung vorherrsche, dass ein Schema aufgestellt werde bezgl. der grösseren Arbeiten und dann solle eines nach dem anderen ruhig geprüft werden.

Dr. Schädler stellt den Antrag, dass der Landtag über die Finanzla ^g des Landes aufgeklärt werde. Es sei sehr schwer, schwerwiegende Beschlüsse zu fassen, wenn man nicht eingehend orientiert sei über die Mittel des Landes.

Beck Joh. regt die Schaffung von Notstandsarbeiten am Berg an.

Dr. Schädler Wenn die Geldmittel es erlaubten, würde er im Herbst mit dem Tunnel und dem Strassenbau dazu beginnen. Das anfallende Material aus dem Tunnel könnte zum Strassenbau Verwendung finden.

Reg. Chef Er habe ~~am~~ Sinn, das Tunnel etwa in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen, möchte aber noch gerne ein technisches Exposé ausgearbeitet wissen.

Präsident hält eine bezgl. Beschlussfassung im Frühherbst für angebracht.

Anschliessend öffentliche Sitzung.

*Müller
Präsident*